

Die Steuerreform, Netzneutralität und das Aus der „Jamaika“ Koalition

Zusammenfassung der U.S. Berichterstattung vom 20. bis 24. November 2017

(lr) In dieser Woche richtete sich das Augenmerk der U.S.-Presse auf Neuerungen in der politischen Gesetzgebung. Die Meinungen der amerikanischen Bevölkerung über den Vorschlag der neuen Steuerreform sind gespalten. Auch die Aufhebung der Netzneutralität stößt auf Widerstand. Doch nicht nur Donald Trumps Politik steht im Visier der Kommentatoren, auch Bundeskanzlerin Angela Merkel stehen große Herausforderungen bevor.

U.S. Präsident Donald Trump warb in seinem Wahlkampf mit Steuerkürzungen und einer Verringerung des Handelsdefizites. Doch die Pläne für die Steuerreform rufen Probleme hervor. Prognosen von Ökonomen zeigen, dass das Handelsdefizit durch die Reform um ca. 60 Billionen Dollar im Jahr wachsen würde. Laut der *L.A. Times* würde Donald Trumps Bestehen auf eine Steuerreform sein „Scheitern garantieren“. Des Weiteren wird auch das Krankenversicherungssystem durch diese Reform beeinflusst, da das *Obamacare* Mandat gestrichen werden soll. Diese Regelung besagt, dass alle Bürger eine Krankenversicherung abschließen müssen. Entfällt diese Klausel, würde das laut dem *Congressional Budget Office* für 13 Millionen Amerikaner einen Verlust ihrer Krankenversicherung innerhalb der nächsten 10 Jahre bedeuten.

Am Dienstag schlug die *Federal Communication Commission* vor, die sogenannte Netzneutralität aufzuheben, was die *L.A. Times* als „lausige Idee“ bezeichnete und wohl auch in der Bevölkerung auf großen Widerstand stößt. Die Netzneutralität wurde 2015 verabschiedet und klassifiziert die Internetnutzung als öffentliches Versorgungsgut, sie beinhaltet die gleichberechtigte Nutzung des Internets für alle Konsumenten. Die Aufhebung dieser Neutralität hätte zur Folge, dass Internet-Unternehmen für manche Daten mehr Geld verlangen oder den Zugang zu Inhalten

einschränken könnten. Solch eine Änderung würde laut der *New York Times* Telekommunikationskonzernen „Kontrolle“ über den Zugang zu „Informationen und Unterhaltung“ geben. Über diesen Plan soll am 14. Dezember abgestimmt werden.

Die Koalitionsverhandlungen in Deutschland nach der Bundestagswahl am 24. September 2017 für die sogenannte „Jamaika“-Koalition aus *CDU*, *CSU*, *FDP* und *Die Grünen* sind in der Nacht von Sonntag auf Montag gescheitert. Aus Sichtweise der *New York Times* befindet sich Bundeskanzlerin Angela Merkel dadurch „in Schwierigkeiten“, da ihr nun die „größte Krise ihrer Karriere“ bevorstehe. Durch ihre erfolgreiche Koordination während der Euro-Krise, ihre kritische Haltung gegenüber dem russischen Präsidenten Vladimir Putin und dem harten Kurs der Sanktionen gegen Russland hat sie sich für die *New York Times* als „unentbehrliche Anführerin“ von Europa etabliert. Die gescheiterten Gespräche können dadurch Auswirkungen für die Europäische Union bedeuten, da viele schwerwiegende Entscheidungen über die Eurozone, das Asylrecht und Europas die Position in der internationalen Politik getroffen werden müssen.

Quellen:

<https://www.nytimes.com/>

<http://www.latimes.com/hp-2/>